



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Inge Aures, Michael Busch, Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnungen für Studierende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 04 (Wohnraumförderung) TG 65 – 70 (Landesmittel zur Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung – Neubewilligungen) wird im Tit. 893 68 (Zuschüsse des Landes zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum) die Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2020 von 29.500,0 Tsd. Euro und 5.000,0 Tsd. Euro auf 34.500,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

400 000 Studierende sind im Wintersemester 2019/2020 eingeschrieben und der weitere Ausbau der bayerischen Hochschulstandorte ist geplant. 31 200 neue Studienplätze sind von der Staatsregierung aktuell u. a. im Rahmen der High-Tech-Offensive angekündigt worden. Der Bau von Studierendenwohnungen hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt, jahrelang wurde es in Bayern versäumt, die Finanzierung studentischen Wohnens entsprechend der wachsenden Studierendenzahlen vorausschauend voranzutreiben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Studierenden in Bayern um 85 Prozent gestiegen, die Zahl der Wohnraumplätze hingegen nur um 23 Prozent. Dieses Versäumnis wird auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen. Mit 38 800 geförderten Wohnplätzen in ganz Bayern kann nur ein Bruchteil des Bedarfs gedeckt werden.

Gerade jede bzw. jeder zehnte Studierende in Bayern erhält einen Wohnplatz in einem staatlich geförderten Studentenwohnheim. Die Wohnplatzquote für Studierende liegt bayernweit bei 10,20 Prozent (2011 waren es noch 12,2 Prozent). In Nürnberg (8,8 Prozent) und Augsburg (9,8 Prozent) ist die Quote sogar noch niedriger. Damit müssen tausende von Studierenden jedes Jahr zu Semesterbeginn mit anderen Haushalten niedrigen Einkommens auf dem freien Markt um Wohnungen konkurrieren. Explodierende Mietpreise in den Großstädten führen dazu, dass bezahlbares Wohnen immer mehr die Entscheidung über den Studienstandort bestimmt. Nicht Talent und Interesse sind so ausschlaggebend für die Wahl des Studienorts sondern der Geldbeutel der Eltern.

In München betragen die Wartezeiten für einen Platz im Studentenwohnheim bis zu fünf Semester, das ist fast die Dauer eines Bachelorstudiums. 8 500 Studierende stehen momentan auf den Wartelisten für die Wohnheime in der bayerischen Metropole, das ist doppelt so viel wie noch vor acht Jahren. In Würzburg warten z. B. 1 000 junge Menschen auf einen Wohnheimplatz, in Nürnberg gehen zwei von drei Bewerbern leer aus.

Insbesondere Migrantinnen und Migranten sind betroffen, überhaupt Wohnraum zu finden. Viele Studentenwerke organisieren zu Semesterbeginn Notunterkünfte für Studierende, die noch keine Wohnung gefunden haben.

Das Thema Wohnen muss beim Ausbau der Hochschullandschaft von Beginn an mitgeplant werden. Der Freistaat ist in der Pflicht, für die Studierenden eine bezahlbare Infrastruktur zu schaffen. Bayern sollte daher mehr investieren, damit sich die Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt entspannt. Deshalb ist eine Ausweitung des Bewilligungsrahmens für den Wohnraumbau für Studierende dringend erforderlich. Angestrebtes Ziel muss eine bayernweite Wohnheimquote von 15 Prozent für Studierende sein.